

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

12. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 25. April 2002

(15.03 Uhr bis 23.58 Uhr)

Frage Nr. 268.....	12
Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:.....	13
Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:.....	13
Frage Nr. 269.....	15
Stadtverordnete Ute Friedrich, FAG:	15
Oberbürgermeisterin Petra Roth:.....	15
Frage Nr. 270.....	16
Stadtverordnete Rosemarie Schubert, REP:	16
Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:.....	16
Frage Nr. 271.....	16
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	16
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	17
Frage Nr. 272.....	18
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	18
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	18
Frage Nr. 273.....	19
Stadtverordnete Margrit Weißbach, CDU:	19
Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:.....	19
Frage Nr. 274.....	20
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:.....	20
Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:.....	20
4. Verabschiedung der Tagesordnung II.....	21
5.1 Haushaltsplan und Wirtschaftspläne für das Haushaltsjahr 2002 mit eingearbeitetem Investitionsprogramm bis 2005 und Finanzplanung in Form eines aktualisierten Konsolidierungsprogramms bis 2005.....	22
Vortrag des Magistrats vom 07.12.2001, M 266 <u>hierzu:</u> Antrag der PDS vom 24.04.2002, NR 601	
5.2.1 Stellenplan 2002	22
Vortrag des Magistrats vom 07.12.2001, M 252 <u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 23.02.2002, NR 538 <u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 23.02.2002, NR 539	
5.2.2 Stellenplan 2002	22
Vortrag des Magistrats vom 14.01.2002, M 4	

5.3 Aussprache und Schlussabstimmung	22
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	22
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	29
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:.....	30
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:.....	38
Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:.....	44
Stadtverordneter Jost Arnspurger, FDP:.....	48
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	54
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:.....	57
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	61
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	65
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	68
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:.....	74
Stadtverordneter Dr. Giesbert Schulz-Freywald, FAG:.....	77
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	78
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	78
6. Planung und Bau des Neubaus der Hauptkampfbahn auf dem Gelände des Frankfurter Waldstadions sowie Bewerbung für die Durchführung der WM 2006	80
 Vortrag des Magistrats vom 15.03.2002, M 58	
Stadtverordneter Martin Gerhardt, CDU:.....	80
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	81
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	81
Stadtverordneter Joachim Biermann, FDP:.....	82
Stadtverordneter Michael Langer, REP:.....	83
Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:.....	84
Stadtverordneter Hans Busch, SPD:.....	85
Stadtverordneter Dr. Giesbert Schulz-Freywald, FAG:.....	87
Bürgermeister Joachim Vandreike:.....	88
7. Unterrichtung über wichtige Bauvorhaben hier: Objektblatt Nr. 62 Goetheplatz/Rathenauplatz Neubau einer Tiefgarage	89
 Vortrag des Magistrats vom 10.08.2001, M 158	
<u>hierzu:</u> Antrag der GRÜNEN vom 17.09.2001, NR 246	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU und der FDP vom 15.10.2001, NR 285	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD, der FDP und der GRÜNEN vom 18.10.2001, NR 287	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD, der FDP und der GRÜNEN vom 15.04.2002, NR 590	
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	89
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:.....	91
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	93
Stadtverordnete Ute Friedrich, FAG:.....	95
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	97

Ich weiß, dass Sie das aufregt. Das ist ein sittenwidriger Vertrag zu Ungunsten der Steuerzahler. Hier hat sich die Politik mit dem Personalrat der ÖTV geeinigt, und der Dumme bei dieser Sache ist der Steuerzahler. Ich bin ja selbst Zwangsmitglied von ver.di.

(Zurufe)

Glauben Sie nicht? Ich bin Zwangsmitglied von ver.di, da ich schon mein ganzes Berufsleben in der IG Druck und Papier war, später IG Medien, und die ist jetzt bei ver.di.

(Zurufe)

Wir brauchen auch im Kulturbereich Einschnitte. Es geht nicht, dass eine Breitbandalimentierung weiter stattfindet, sondern wir brauchen eine Prioritätensetzung. Wir brauchen ein völlig neues Konzept bei den Frankfurter Sprechtheatern. Das Schauspiel, das wir im Augenblick haben, braucht eigentlich nur die Schauspieldirektorin. Wir brauchen einen neuen Weg bei der Integrationspolitik. Ich kann mich sehr genau erinnern, dass 1989 bei einer Wahlversammlung der ehemalige Stadtverordnete Cohn-Bendit sagte: Einwanderungsgesellschaften sind harte Gesellschaften. Da lassen sich die alten sozialen Standards nicht mehr aufrecht erhalten.

In Deutschland wie auch in Frankfurt - und hier trifft es besonders zu - stecken wir den Kopf in den Sand und verweigern uns der Erkenntnis, dass eine Einwanderungsgesellschaft nicht mehr zu den gleichen Tarifen, wie das viele Jahre lang möglich war, zu machen ist. Wir müssen auch bei den Zuschüssen eine völlig radikale Kehrtwendung machen. Was ich hier gehört habe, überzeugt mich insbesondere dann nicht, wenn gesagt wird, dass bis 2006 das Problem angegangen werden soll. Man muss ausrechnen, wie hoch diese Zuschüsse sind, anschließend um 50 Prozent kürzen und die restlichen 50 Prozent müssen neu verhandelt werden. Dann sind schon einmal 50 Prozent gespart. Alles andere ist unsinnig und wird zu keinem Ergebnis führen.

Krise, meine Damen und Herren, heißt Wendepunkt. Wenn Frankfurt in der Krise ist, heißt das, es steht am Wendepunkt. Das kann sich zum Positiven wie auch zum Negativen verändern. Frankfurt muss sich den

Realitäten stellen, wenn es diese Krise bestehen will. Es geht nicht darum, dass herumgeklagt und die Realitäten ignoriert werden und ein kollektiver Autismus herrscht, was diese Anforderungen sind, vor denen wir stehen. Dieses Gefühl drängt sich mir auf, wenn ich die Reden höre, dass man sich im Grunde genommen der Situation verweigern will, von mir auch Politikverweigerung genannt.

Was Sie de facto machen, ist das Warten auf den Staatskommissar. Offenbar soll Ihnen dieser dann die Dreckarbeit oder die Politik, die Sie selbst nicht machen wollen oder können, abnehmen. Wenn aber dieser Staatskommissar kommt, ist dieses Parlament und die Politik, die hier getrieben wird, der Frankfurter Bevölkerung in keiner Weise mehr zu vermitteln. Ich schlage vor, dass sich dieses Viererbündnis auflöst. Wir bilden statt drei 93 Einpersonenfaktionen, die für Frankfurt sind und dann können wir daraus eine bürgerliche Mehrheit bilden, die notwendig ist, da die Linken das Ganze nicht sanieren können. Wir brauchen eine bürgerliche Mehrheit, die das umsetzt, was gemacht werden muss. Das sind einschneidende Sparmaßnahmen, die wehtun und die mit Sicherheit niemals von diesem Viererbündnis umgesetzt werden können. Es ist gut, wenn wir das schaffen, anderenfalls kommt der Staatskommissar.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Hübner! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth. Bitte schön!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Tag!

Ich wollte eigentlich damit anfangen und sagen, dass es hier furchtbar langweilig ist, was unter anderem daran lag, dass Sie, bezogen auf die Viererbande, zu ängstlich waren, Reißverschlussverfahren in der Debatte an-

zuwenden, sondern einer nach dem anderen aus Regierungsfractionen heraus Reden hielten. Jetzt hat sich etwas geändert.

Zunächst ist mir Volker Steins Rolle heute klar geworden. Die SPD, die sich darüber geschmeichelt zeigt, dass er sie des Sozialismus verdächtigt, da braucht einer den anderen. Den Beitrag von Herrn Hübner kann ich auch nur so zusammenfassen, dass er seine Reden auch gleich als Artikel für die Neue Presse abgeben könnte, das wäre vielleicht der direktere Weg. Zwei Sachen aber noch zum Inhalt: Ich habe viel Kritik an meiner Gewerkschaft ver.di, aber dass es da Zwangsmitgliedschaften gäbe, ist eine Unverschämtheit und eine dicke, fette Lüge.

(Beifall)

Zum Inhalt: Im Wahlprogramm der BFF war der Rassismus offensichtlich, das habe ich schon öfter ausgeführt, aber heute hat sich diese Gruppe als so zutiefst asozial und antisozial dargestellt, dass ich Herrn Hübners Beitrag nur abschließend als Bewerbungsrede, doch in der REP-Fraktion aufgenommen zu werden, verstehen möchte.

(Beifall)

Unser Antrag E 245 hat vermutlich in diesem Parlament, das habe ich auch schon im Haupt- und Finanzausschuss gesagt, eine heimliche Mehrheit. Denn hinter den Kulissen war die Kritik am Haushalt, an seiner Struktur, äußerst massiv. Wir lehnen den Haushalt aus einem ganzen Fuder guter Gründe ab, von denen ich nur einige nennen möchte. Der Haushalt ist undurchsichtig, undemokratisch, parlamentarisch unkontrollierbar. Er ist optisch mit irgendwelchen Kinkerlitzchen und dummen, dusseligen Diagrammen, die in irgendwelchen Werbeagenturen entstanden sein können, aufgepeppt, und er enthält noch weniger Informationen, als die bisherigen Haushalte. Wir beantragen deshalb, dass der Produkthaushaltsentwurf als nicht beschließbar zurückgestellt und überarbeitet wird. Ich versuche es noch einmal - wohlwissend, dass Sie ihn ganz wunderbar finden, obwohl Sie wissen, dass er Mist ist -, dass der Info Gehalt künftig nicht unter dem bisherigen liegen möge und er wenigstens die Struktur hat, dass dieses Parlament seine eigenen Beschlüsse und deren Umsetzung kontrollieren

kann. Ich wette, wenn ich in den Raum hineinfrage und mir willkürlich aus den mittleren und hinteren Reihen Stadtverordnete herauspicke und frage: „Haben Sie eine Ahnung, was Sie gleich beschließen werden?“ würden alle, bis auf diejenigen, die einen Stuhl in der Kämmerlei haben, Haushaltsexperten sind oder sonstigen eingeweihten Kreisen angehören, nicht wissen, was Sie gleich verabschieden, weil Sie es auch nicht durchblicken, selbst dann, wenn Sie sich bemüht haben, vielleicht ihre inhaltlichen Schwerpunkte zu durchforsten.

Die Stadtverordneten von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN werden zustimmen, obwohl die interne Kostenverschiebung, die so genannten Leistungsvereinbarungen auf der Einnahmenseite, nicht einmal einzeln aufgelistet sind. Obwohl die Vergleichszahlen aus den letzten Jahren in vielen Fällen fehlen, Marketingsprüche informell die Seiten verstopfen, etwa 30 Prozent bis 50 Prozent des Umfangs tatsächlich nichts sind, außer Wiederholungen, zum Beispiel von Inhaltsangaben, obwohl Finanzmassenzuständigkeiten und Produktgruppen der einzelnen Ämter nicht klar erkennbar sind. Ein Produkthaushalt muss allerdings nicht undurchsichtig sein; aber das wäre eine andere Debatte. Die Umstellung ist aber von Magistrat und Bürokratie benutzt worden, um den Haushalt noch undurchsichtiger zu machen, zum Beispiel durch summarische Auflistungen und die Möglichkeit, nicht mehr zu kontrollieren.

Ist das da vorn jetzt eine Viererrunde? Nein, da fehlt die FDP. Volker Stein, wollen Sie nicht noch hinüber gehen, dann können die fast schon wieder tagen? Es wäre ganz reizend, wenn Sie Ihre Gespräche draußen führen würden und Herr Bührmann sich darum kümmert, dass das so ist.

(Beifall, Heiterkeit)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Verehrte Frau Stadtverordnete, ich greife dann ein, wenn ich es für notwendig halte und brauche Ihre Hinweise nicht.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

Das mit den Gummibärchen haben Sie ja auch nicht gemerkt.

(Beifall, Heiterkeit)

Ich esse übrigens immer Pfefferminz.

Übrigens wäre es interessant, auszurechnen, wie viel Prozent seiner früher originären demokratischen Aufgaben dieses Parlament eigentlich noch selbst wahrnimmt. Wenn das mit der Privatisierung, der Verlagerung in GmbHs und dem Verkauf von städtischem Reichtum so weitergeht, dann wäre doch der Vorschlag konsequent, zu überlegen, ob man das Parlament nicht auch privatisiert, wobei ich nicht weiß, wer es haben will.

Wenn ein Magistrat, wie in diesem Haushalt, nicht offen über Kapitalinteressen und soziale Konflikte reden und entscheiden kann, dann muss er sich bei Fachleuten Jargon kaufen. Von daher habe ich wirklich gedacht, dieser Haushalt, so langweilig er aussieht, gibt Stoff für Kabarett. Bis zur Halskrause gestopft mit Jargon, hier nur einmal zu nennen die Produktgruppe Sicherheit. Dies ist nur eines von Dutzenden, wenn nicht sogar Hunderten von Beispielen. Da steht, es gehe „um strategische Ausrichtung nach Wirkungsdimension“ - ich liebe solch eine Sprache - und die Haushaltsware sei für den „Kunden“ oder Bürger „die Erhöhung des Sicherheitsgefühls“ und „das Gefühl der subjektiven Sicherheit“ steige, weil die Anzahl der gemeldeten Straftaten von einem „Soll“ in diesem Jahr von einem niedriger angesetzten „Soll“ im nächsten Jahr sinken wird. Das weiß man schon. Jetzt handelt der Magistrat mit Gefühlen und sortiert sie in den Haushalt ein.

Die zweite Argumentgruppe, nur in Stichworten. Auch dieser Haushalt zeigt, es herrscht tatsächlich Klassenkampf von oben, auch wenn manche von Ihnen so viel Realität nicht gerne wahrhaben wollen. Deswegen ist unser zweiter großer grundsätzlicher Antrag: Stoppt diesen Klassenkampf von oben, Entlastung der Lohnabhängigen und der Ausgeraubten, Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes als ein Mittel der Gegensteuerung. Wir hätten noch ein paar andere Folterinstrumente gewünscht, wir haben mit den vorgenannten begonnen.

Wir haben beantragt, dass der Hebesatz für die Gewerbesteuer auf 600 vom Hundert festgesetzt wird, weil wir der Meinung sind - was Sie gelegentlich auch unter vier Augen zugeben -, das Kapital plündert die Gemeinden. Die jeweilige Bundesregierung, ich bin vielleicht sogar die Einzige hier, die bei den kommenden Bundestagswahlen nichts zu wählen hat, das liegt nicht an mir, das Angebot ist einfach so saumäßig - wenn Sie hier immer Wahlkampf machen, kann ich es als Ungültigwählerin auch tun. Immer dann, wenn brutaler Sozialabbau stattfinden soll, lässt das Kapital vermeintlich fortschrittlichere Parteien an die so genannte Macht.

Ich will die FDP nicht verteidigen, aber auch Herr Stein weiß, dass es ein gewisser Herr Westerwelle nie geschafft hätte, mit so wunderschön zerknirschtem Gesicht und dieser Attitüde: Ich als alter Achtundsechziger und der Antifaschismus und meine Eltern haben mir die Fragen nicht beantwortet, einen Krieg zu begründen. Dafür musste ein Grüner her, genau wie in der Gewerkschaftsspitze von ver.di, um dort bestimmte Demontagen durchzusetzen. Das ist einfach nötig. Vieles davon kommt als „Reform“ daher, und wer davon betroffen ist, weiß, dass Reform nicht wie früher auch einen guten Klang hat, sondern inzwischen eine geradezu kriminelle Drohung gegen sozial Schwache in dieser Gesellschaft ist. Ist es dann nicht paradox, dass die härtesten Sachen dann durchgesetzt werden, wenn diese vermeintlich Fortschrittlicheren, nämlich zum Beispiel die rot-grüne Bundesregierung, dran sind? Das sage ich auch als Gewerkschafterin. Es klappt ja dann bestens, dass Gewerkschaften in großen Teilen eingebunden sind und gegen Demontage nicht auf die Straße gehen, was sie täten, würden die gleichen oder auch nur halb so viele Schweinereien von der CDU-Bundesregierung durchgesetzt. Das wissen wir doch alle hier im Raum. Deswegen zucke ich immer zusammen, kommt eine so genannte fortschrittlichere Regierung an die Macht, denn dann weiß ich, jetzt wird es richtig hart.

Mit der neuen Berliner Landesregierung wird das nächste Kapitel aufgeschlagen, liebe Genossen von der PDS. Bei den Bankbürgschaften und jahrzehntelangen Verschuldungen musste die PDS an die Regierung, denn wer anders könnte den Osten der Stadt be-

frieden helfen, wenn die Verelendung explo-
diert? Auch dafür war die FDP leider nicht
brauchbar. Frühere Regierungen, wie die
CDU/FDP in diesem Fall, haben mit dem
Wegfall der Gewerbesteuer die Kon-
kurrenz der Gemeinden verschärft. Die rot-
grüne Regierung hat weitergemacht. Noch
mehr Konzerne brauchen noch weniger
Steuern zu bezahlen. Schaut man es sich im
Detail an - und es gibt darüber nachlesbare
Studien, die ich nicht im Einzelnen aufführen
will, ich habe dies auch schriftlich vorberei-
tet -, inzwischen bekommen große Konzerne
teilweise mehr Gelder zurück als sie Steuern
bezahlt haben, sie erstatten immer mehr
Subventionen; dies macht zum Teil die dop-
pelten Steuersätze aus.

Wir haben alle schon gehört, gelesen und
wissen, dass die Deutsche Bank und die
Commerzbank keine Gewerbesteuer zahlen,
die Dresdner Bank seit zwei oder drei Jahren
auch nicht mehr. Das sind allerdings die Gle-
ichen, die von der Stadt obdachlosenfreie
Parkanlagen, saubere Straßen, üppige Kon-
sum- und Vergnügungsmöglichkeiten, Kin-
dergartenplätze und elitäre Kultur verlangen.
Will man aber Details wissen, ist das alles
hoch geheim. Dafür gibt es den Datenschutz
für Individuen in dieser Gesellschaft fast ü-
berhaupt nicht mehr. Es gibt keine Raster-
fahndung gegen diesen Terror des Kapitals.

Es wissen auch alle, wenn sie offen darüber
reden und sofern sie etwas von der Sache
verstehen, dass Deutschland seit Jahren an
der Spitze der Niedrigsteuerländer liegt. Die
Konsequenzen dafür merkt Frankfurt jetzt,
und der nächste Haushalt wird für die
Schwächeren dieser Stadt eine absolute Ka-
tastrophe. Ein beliebtes Spiel auch in Frank-
furt ist, und der Magistrat macht da gerne mit:
Keine Steuern zahlen, dafür aber irgend et-
was schickes PR-taugliches sponsern, steu-
erabzugsfähig natürlich. Alle, vor allen Din-
gen die Medien, spielen bei dem zynischen
Spiel mit, statt das Geld als Steuer an die
öffentliche Hand abzuführen und dort darüber
zu streiten, wer nach welchen Bedürfnissen
es erhält. Es werden bestimmte PR- und
sonstige Sachen gefeatured, man hat wieder
ein Foto in der Zeitung und kann dann sagen:
„Sind wir nicht furchtbar großzügig?“

Die von einem gewissen FDP-
Stadtverordneten aufgestellte Forderung ist

auch keine Lösung, dass elitäre bürgerliche
Kultur per Sponsoring, sondern dass gefäl-
ligst höhere Steuern bezahlt werden, so dass
Kommunen Kultur für alle finanzieren und
fördern können. Wenn die Deutsche Bank
nach London gehen sollte, nützt Ihnen das
ganze Herumgeschleime sowieso nicht, denn
dann geht ziemlich viel von dem, was Sie
heute verkünden, in die Binsen.

Es wissen inzwischen alle, und es hat sich
herumgesprochen, dass Rot-Grün die Finan-
zen der Kommunen durch die Erhöhung der
Gewerbesteuerumlage verschlechtert hat.
Frankfurt am Main ist aber nicht nur Opfer
der Bundesregierung, sondern selbst auch
Täter. Die Stadt betreibt die eigene Verar-
mung durch den Verkauf von Grund und Bod-
den und Privatisierung. Das heißt, immer
weniger Gestaltungsspielraum und immer
weniger Reserven.

Ich kann eure Gespräche mithören, Lutz und
Ann, tut mir Leid. Ich will diskret sein, aber es
war zu laut. Du, Lutz, hast vorhin in deiner
Rede als staatstragender Politiker Dinge ge-
äußert, bei denen einige CDU-
Stadtverordnete nickten, aber es nicht aus-
sprachen, Motto: Der hat ja Recht. Bei den
Stellen, wo es darum ging, dass noch mehr
verkauft werden soll, Herr Vowinckel, hat die
CDU zumindest in ...

(Zurufe)

Sikorski ist, wenn Sie sich mit ihm verbünden
wollen in dieser Frage, an der Stelle nehme
ich das gerne zur Kenntnis - er hat eine neo-
liberale Rede gehalten und hat noch mehr
zur Privatisierung vorgeschlagen. Ich habe
auch sehr deutlich gehört, dass die FAG in
die gleichen Fußstapfen trat, aber noch nicht
offen aussprechen will, welches Schwimm-
bad denn zur Disposition stehen könnte, ne-
ben anderen aber schon einmal die Frage
erwägt. Obwohl ich finde, dass es fast gar
keine vernünftigen Schwimmbäder in Frank-
furt gibt, in denen man schwimmen kann und
nicht nur rutschen oder Familienbadewanne
spielen möchte. Dem Stadtbad Mitte trauere
ich immer noch nach.

Um dem Kapital zu Gefallen zu sein, wird
andauernd der Gewerbesteuersatz gesenkt.
Zur Erinnerung: Im Jahr 1999 lag er bei 515
vom Hundert, im Jahr 2000 bei 500 vom

Hundert und heute bei 490 vom Hundert. Die brave PDS ist am großen Zeh schon mit dem Berliner Virus infiziert und will mit ihrem Antrag E 219 den Hebesatz lediglich auf 500 vom Hundert, also auf den Stand des Jahres 2000, zurückhaben. Frei nach dem Motto der Parteiführung: „Wir Sozialisten verstehen was von Wirtschaft.“ Und frei nach der Luftleitlinie ihres großen Vorsitzenden Gysi: „Knutscht das Kapital und zähmt, ohne dass es das Kapital merkt, die so genannte Kapitaldominanz ein kleines bisschen.“ Die Jungs sind da auf einem guten Weg, denke ich. Nicht aus meiner Sicht, aber aus der vieler anderer.

CDU und FDP wollen ab 2004 eine Senkung der Gewerbesteuer um 5 Punkte pro Jahr. Ich habe übersehen, wo es enden soll, das stand da nicht drin. Es geht wohl gegen null. Zur Begründung zitiere ich: „Psychologisches Signal an die heimische Wirtschaft“. Die Beziehung Magistrat zu Kapital ist also eine einzige Psychogruppe. Frei nach dem Motto: „Wo die Großen sowieso keine Gewerbesteuer mehr zahlen, kann man sie gleich gegen Null senken.“ Die Leute, die ärmer und mit Mehrwertsteuer, Öko-Mehrwertsteuer und ähnlichen Foltermethoden gestraft sind, sehen das sicherlich ganz anders. Diese sind aber in diesem Raum praktisch nicht vertreten.

Die Kommune Frankfurt am Main leidet, wie andere Gemeinden auch, unter einem milliardenschweren Steuergeschenk von Rot-Grün an das Kapital. Ich zitiere: „Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen, die eine Kapitalgesellschaft an einer anderen Kapitalgesellschaft hält, sind nicht steuerpflichtig.“ Das war ein Bestandteil der berühmterühmten rot-grünen Steuerreform. Das Wort Reform hat spätestens seit dem einen miserablen, scheußlichen, bedrohlichen Klang. Es bedeutet die Androhung von Verbrechen gegen die sozial Schwächsten. Diese Entscheidung bedeutete, Banken und Konzerne können Unternehmensanteile verkaufen und zahlen dafür keine Steuern. Der Spiegel schrieb damals: Binnen weniger Stunden nach der Entscheidung „schossen die Aktienkurse von Dresdner Bank und Deutscher Bank, von Allianz und Münchner Rückversicherung in die Höhe. Plus zehn, plus elf, plus 15 Prozent.“ Die Werte explodierten förmlich und Banker jubelten: Es sei

„als fielen Ostern und Weihnachten auf einen Tag“. Das ist Sozialismus, Herr Stein!

Vertreter der Allianz hatten sich stets beschwert, dass sie bei Veräußerung von Beteiligungen 58 Prozent zahlten und sie träumten von 20 Prozent wie in Frankreich. Sie waren völlig erschüttert, dass Rot-Grün Ihnen null schenkte. Auch in diesem Sinne der Umsetzung ist der geheime Slogan des Frankfurter Haushalts: „Krieg den Hütten, Friede den Palästen.“

Aus Zeitgründen nur ganz kurz zu einigen Anträgen anderer Fraktionen. Es gibt ein üppiges Angebot an Beispielen, wobei ich nur einige herausheben möchte. Es gibt den Antrag E 10 von SPD und GRÜNEN, der sich mit den etwa 300 Kindern und Jugendlichen ohne legalen Aufenthaltsstatus beschäftigt. Das Ansinnen ist grundsätzlich völlig richtig, nur ein bisschen mickrig finanziert, nämlich mit 25.000 Euro, ergo pro Kind üppige 83 Euro. Damit kommt man nicht sehr weit. Doppelt so viel erhält auch auf Antrag von SPD und GRÜNEN der Allgemeine Deutsche Fahrradclub. Ich verstehe es nicht ganz, das sind sonderbare Proportionen. Die CDU treibt es mit dem Antrag E 114 noch schlimmer. Da soll die evangelische Kirche St. Peters 1,58 Millionen Euro für ihr Projekt „Jugend-Kultur-Kirche St. Peters“ erhalten. Was soll das? Ich bilde mir ein, dass es eine Trennung zwischen Kirche und Staat gibt. Die evangelische Kirche in Frankfurt fällt mir immer häufiger unangenehm auf.

(Zurufe)

Ich habe gelesen, dass inzwischen in fast allen Fraktionen diplomatische Vertreter der evangelischen Kirche ihren Dienst schieben. Die evangelische Kirche in Frankfurt fiel mir unter anderem deswegen unangenehm auf - wir haben es hier einmal diskutiert -, da sie durch Installation von Mobilfunkanlagen im Kirchenturm, etwa in Harheim, Geld scheffelte und das mit irrsinnigen Texten begründete, nämlich damit, dass sie gewissermaßen durch die Bibel zur Bereicherung aufgefordert sei. Dabei war es ganz egal, ob Kinder im nahe gelegenen Kindergarten gesundheitlich durch Elektrosmog geschädigt werden.

In diesem Haushalt sind andere Positionen, unter anderem 1,6 Millionen Euro für die Kir-

che, eingeplant. Ich bin in der Tradition der Pariser Commune, die gesagt hat: Jeder kann sich organisieren, soll es aber selbst bezahlen. Das würde eigentlich reichen. Ich respektiere, wenn sich jemand religiös organisiert, aber das sollen sie allein machen.

(Zurufe)

Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich mag gar keine Religion, aber wenn ich mir die leeren christlichen Kirchen der Gemeinden in Frankfurt anschau und die mit der Zahl der praktizierenden Muslime vergleiche - dies allerdings aus großer Distanz -, frage ich mich, ob die für ein einziges Projekt auch 1,6 Millionen Euro bekommen plus 600.000 Euro Baukostenzuschuss, also mehr als zwei Millionen Euro. Da stimmt irgendetwas nicht. Was ist mit anderen nicht religiösen Weltanschauungen? Welche sozialistische Organisation wird vom Magistrat vergleichbar üppig beschenkt?

(Heiterkeit, Zurufe)

Ich höre gerade, die SPD wird vom Magistrat mit Geld beschenkt. Wir sollten vielleicht einmal Kölner Untersuchungsausschüsse einführen. Sie beschenken mich überhaupt nicht, Sie dagegen sind etwas, was ich notgedrungen in Kauf nehme.

(Heiterkeit)

Die Stadt Frankfurt sollte die Steuergelder der Menschen dieser Stadt nicht nur für einen „Ort für Kultur und Spiritualität“ verwenden, wie Herr Becker, der CDU-Fraktionsvorsitzende, unterzeichnet hat. Sie sehen, ich lese Ihre Texte sehr sorgfältig. Er hat seinen Antrag so zauberhaft formuliert. In dem Antrag steht: „Die Stadt Frankfurt soll einen Ort für Kultur und Spiritualität finanzieren.“ Was die Spiritualität angeht, haben die zwei Autoren Marx und Engels, deren Lektüre vielen hier richtig gut tun würde, immer noch Recht, wenn sie vor 167 Jahren schrieben: „Der reale Humanismus hat in Deutschland keinen gefährlicheren Feind als den Spiritualismus, der an die Stelle des wirklichen individuellen Menschen den Geist setzt und mit den Evangelisten lehrt: Der Geist ist es, der da lebendig macht, das Fleisch ist kein Nütze. Es versteht sich, dass dieser fleischlose Geist nur in seiner Einbildung geistert.“

Spiritualität ist in der Praxis ein anderes Wort für Scheinheiligkeit.

(Heiterkeit)

Wir müssen uns nur ansehen, wie wenig fleischlos und wenig „rein geistig“ der Evangelische Regionalverband mit dem Gelände der Matthäus-Gemeinde spekuliert. Wenn die Kirche mit dieser Immobilienspekulation hofft, 30 Millionen bis 50 Millionen Euro Gewinn zu machen und für den Verkauf schon einmal die Mieterinnen rausschmeißt.

(Zurufe)

Nein, das habe ich in einem Aufwasch schon mit dem Adelsverband erledigt, das war eine gemeinsame Aktion - vielleicht könnte ja bei dieser Immobilienspekulation etwas für die Peterskirche abfallen und die machen es unter sich aus.

Ein paar andere Beispiele lasse ich weg. Wie viele Minuten oder Sekunden habe ich noch?

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Sie haben noch 80 Sekunden.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Das ist aber gemein. Ich erspare Ihnen weitere Beispiele, nur heute, nicht künftig, denn wir werden eine Debatte über die Auseinandersetzung der Verpolizeistaatlichung von Frankfurt mittels Videoüberwachung und ähnliche Schikanen führen. Aber hinweisen möchte ich doch darauf, dass sich noch vieles in diesem Haushalt versteckt. Etwa die geplante technologische Apartheid, indem mit dem Argument des so genannten bürgerfreundlichen E-Governments die Leute in Wirklichkeit von der Kommunikation mit der Stadtverwaltung abgehängt werden.

Zweitens, und damit muss ich dann leider schließen: In der Antragsbegründung des Antrages bezüglich des Zuschusses an die Wirtschaftsförderung, unterzeichnet von den GRÜNEN, habe ich einen Satz gefunden, der mir wieder eine Erkenntnis beschert hat und lautet: „Im Bereich Biotechnologie gibt es

einen erheblichen Nachholbedarf, da andere Standorte hier früher angetreten sind und von daher einen Vorsprung haben.“ So kommt es manchmal doch heraus, was an der angeblichen Gegnerschaft der radikalen Kritik dran ist. Andere Punkte lasse ich weg, um noch zwei bis drei Sätze als Schlussbemerkung zu sagen. Ich bitte, mir die noch zu ermöglichen.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Stadtverordnete Ditfurth, Ihre Redezeit von 22 Minuten ist abgelaufen.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Darf ich noch drei Sätze sagen? Das macht doch heute auch nichts mehr aus! Rückblickend auf dieses Parlament vor 16 Jahren ist der Unterschied zwischen damals und heute, der sich bei mir immer mehr einprägt, dass es damals steife Umgangsformen gab, aber die vermeintliche Unabhängigkeit des Parlaments verteidigt wurde. Wenn ich heute in meiner deftigen Sprache Sätze wie „Ihr kriecht dem Kapital in den Arsch“ oder höflicher formuliert „Ihr seid zu sehr in Übereinstimmung mit den Standortinteressen des Kapitals in Frankfurt“ vorbringe, dann sind Sie nicht etwa beleidigt, was ich am Anfang naiverweise dachte, Sie sagen: „Machen wir das nicht toll? Machen wir das nicht superschlau?“ Einer der Gründe, diesen Haushalt abzulehnen.

Ich danke Ihnen!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Frau Stadtverordnete Ditfurth! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Brillante von der Europa-Liste.

Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:

Herr Vorsteher,
meine Damen und Herren!

Nach der letzten Kommunalwahl wird Frankfurt gleich von allen etablierten Parteien dieser Republik regiert. Auch wenn man es vermeidet, sie als Koalition zu bezeichnen, sondern sie als Römerbündnis, Viererbande oder ähnlich titulierte, so ändert das nichts an der Tatsache. Das ist für Frankfurt nicht gut und eine schlechte Option. Stellen Sie sich vor, dass auf Bundesebene so etwas passieren würde. Erstens ist das undenkbar, weil es gegen die elementarsten Regeln in einer Demokratie verstößt. Zweitens, weil es einfach schädlich für das Land ist. Für Frankfurt soll es gut sein, das verstehe wer kann.

Dieses so genannte Bündnis ist auch nicht zwingend. Es gibt Zahlen für eine andere Option. Dass das nicht geschieht, zeugt von mangelnder Verantwortung. Politikschwerpunkte der einzelnen Parteien kommen nicht heraus, da sich die Parteien zu sehr unterscheiden. Wichtige Entscheidungen, welche die Stadtregierung in der jetzigen Lage zu vertreten und zu verantworten hätte, sind nicht möglich. Eine geradlinige Politik für Frankfurt ist nicht zu erkennen. Aus dem Beitrag von Herrn Sikorski wurde das auch sehr deutlich. Jeder versucht, seine eigenen Pfründe zu sichern, und es geht an der Notwendigkeit Frankfurts vorbei. Die einzelnen von den Parteien des Bündnisses präsentierten Etatanträge, gelten als versuchte Profilierung. Sie werden von den übrigen Partnern des Bündnisses abgelehnt und als Ergebnis bleibt eine Wischiwaschi-Politik.

Die Rolle der Opposition ist lebenswichtig in einer Demokratie. Diese wichtige Aufgabe haben die Etablierten den kleinen Fraktionen überlassen. Dabei sind die Reststadtverordneten in kleinen Fraktionen vertreten und keinesfalls homogen, was Sie eben auch erfahren haben. Wenn sich die Presse an der Tatsache ergötzt, dass Frankfurt eine Stadt ohne Opposition ist, dann muss sie bei ihrer Kritik nicht bei den Kleinen ansetzen, sondern mehr die opportunistische Logik der Großen anprangern.

Aber zurück zum Hauptthema des heutigen Abends, dem Haushalt. Die finanzielle Prognose von Frankfurt ist düster, das haben wir aus den Worten des Kämmerers erfahren. Wir haben gehört, dass die Gewerbesteuer Schwankungen ausgesetzt ist und dass die

93 Mandatsträger in dieser Stadtverordnetenversammlung sind verantwortlich, die Wege für die Stadt aufzuzeigen. Der Vorsitzende der Wirtschaftsförderung Frankfurt, Herr Dr. Schwesinger, hat uns gesagt: „Diese Stadt Frankfurt hat noch nie Probleme gehabt.“ Es ist das erste Mal, dass die Stadt richtig in finanzielle Notlage geraten ist. Diese Stadt hat mit diesem Haushalt keinen Ausweg gefunden. In der Neujahrsansprache hat die Oberbürgermeisterin davor gewarnt, kaputtzusparen. Gleichzeitig habe ich gelesen, dass sie für ein paar Stunden nach Salt Lake City zu den Olympischen Spielen gejettet ist.

(Zurufe)

Sehr gut. Jetzt frage ich Sie, Herr Heumann, wann sollen wir mit dem Sparen anfangen? Im nächsten Jahr?

(Zurufe)

Diese Reformkommission, von der gesprochen wurde, hat - und das ist das, worauf ich mich eigentlich konzentriere - nur Vorschläge für Einsparungen in Höhe von 30 Millionen Euro gemacht. Das darf doch nicht wahr sein. Wir haben dieses Jahr ein Defizit, das ist sieben mal höher, 30 Millionen Euro sind nicht genug.

Wir sind in der Verantwortung und wenn wir diesen Haushalt heute und hier verabschieden, tut es mir leid, hat dieses Parlament seine Pflicht nicht erfüllt.

Ich danke Ihnen!

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Dr. Schulz-Freywald! Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich frage noch einmal nach, aber es meldet sich niemand mehr.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über das gesamte Etatwerk für das Haushaltsjahr 2002 sowie den Stellenplan 2002 unter Zugrundelegung der Ihnen vorliegenden Ausschussberichte des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Verwaltungsreform, Personal- und Organisa-

tionsangelegenheiten und unter Berücksichtigung des jeweiligen Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in den Fachausschüssen sowie der ergänzenden Voten der nicht im Ausschuss vertretenen Fraktionen zu den Etatvorlagen.

Wer unter diesen Voraussetzungen den Ausschussberichten zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Wer stimmt gegen die Ausschussberichte? (Geschieht). Wer enthält sich? (Geschieht). Ich stelle fest, dass die Ausschussberichte einstimmig angenommen worden sind. Nach Abschluss der Etatberatungen, die vor der Einbringung des Etats in unserer Sitzung am 13.12.2001 bis heute zügig abgewickelt werden konnten, gilt ein herzlicher Dank dem Magistrat, voran dem Stadtkämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die rechtzeitige Einbringung des Entwurfs und für die jederzeit gern gewährte Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung. Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionsgeschäftsstellen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

(Beifall)

Ich erteile das Wort Herrn Stadtverordneten Schäfer.

Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:

Da muss noch eine Nachfrage gestattet sein. Über den Ausschussbericht haben wir vorhin abgestimmt. Jetzt ging es um die Abstimmung zum Haushalt. Von unserer Fraktion hat hier niemand die Hand gehoben, von den anderen Fraktionen auch nicht. Ich finde, so geht das nicht. Das muss schon etwas klarer definiert werden, was Sie hier zur Abstimmung stellen. Wir fühlen uns da nicht einbezogen.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Es muss doch möglich sein, zum Haushalt eine offene Abstimmung mit Ja, Nein oder Enthaltung zu machen und es nicht zu verschleiern hinter Ausschussberichten, die kein Mensch versteht. Was ist denn das Geheimnis an der Sache?

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Stadtverordnete Ditfurth,
Herr Stadtverordneter Schäfer!

Sie haben als Ausschussbericht ein Paket mit den Voten der Fraktionen in den Ausschüssen im Haupt- und Finanzausschuss und dem Personal- und Organisationsausschuss bekommen. Über dieses Paket habe ich abstimmen lassen. Wenn Sie diesem Paket zustimmen und dort dem Haushalt nicht zugestimmt haben, dann haben Sie heute selbstverständlich inhaltlich dem Haushalt nicht zugestimmt.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Das versteht doch keiner. Ich verstehe es, aber für alle anderen, wir haben auch Publikum, ist es nicht zu verstehen. Noch tagt dieses Parlament öffentlich. Dieses Paket haben wir vorhin bekommen, Sie hätten es auch in einen Umschlag stecken und zukleben können und sagen, wir stimmen über das Paket ab. Man kann doch nicht innerhalb von zwei Stunden so ein dickes Ding lesen. Warum verschlüsselt man die klaren Meinungen, die auch hier geäußert worden sind in solchen bürokratischen Formulierungen? Es spart noch nicht einmal Zeit.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Ditfurth, es sind über 500 Tagesordnungspunkte, über die wir abgestimmt haben. Über die kann nicht einzeln abgestimmt werden. Sie können gerne sagen, dass Sie dem Haushalt insgesamt nicht zustimmen. Herr Schäfer kann dies auch für die FAG feststellen. Die PDS kann dies ebenfalls tun. Von der Europa-Liste und Herrn Hübner habe ich mitbekommen, dass sie dem Haushalt nicht zustimmen. Das heißt, alle übrigen Fraktionen, die im Viererbündnis vertreten sind, haben dem Haushalt zugestimmt. Sie stimmen dem Haushalt nicht zu, das mache ich gerne noch einmal deutlich.

Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:
(fortfahrend)

Das wäre wirklich sehr verdienstvoll, nachdem wir das in unseren Reden genau dokumentiert haben. Dann können Sie doch nicht sagen, dass einstimmig zugestimmt wird. Das sollte nicht aus dieser Veranstaltung mitgenommen werden.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Herr Schäfer, wir können uns gerne darüber unterhalten. Ich habe festgestellt, dass dem Ausschussbericht einstimmig zugestimmt worden ist. Der Ausschussbericht enthält Ihre Ablehnung des Haushalts. Wir haben es jetzt klargemacht. Ich glaube, jetzt ist es auch auf der Tribüne verstanden worden, wer dem Haushalt zugestimmt und wer nicht zugestimmt hat. Kann ich damit diesen Tagesordnungspunkt abschließen? Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt 6.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 6., Waldstadion, auf. Es löst mich Prinzessin von Hannover ab, die jetzt die Sitzungsleitung übernimmt.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 6., Waldstation. Wir behandeln die Vorlage M 58 mit dem Betreff „Planung und Bau des Neubaus der Hauptkampfbahn auf dem Gelände des Frankfurter Waldstadions sowie Bewerbung für die Durchführung der WM 2006“. Die Fraktionen von CDU und BFF haben den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Vor der Abstimmung werde ich gemäß § 15 GOS die mir vorliegenden Voten der Fraktionen bekannt geben. Gibt es Wortmeldungen? Mir liegt eine Wortmeldung von Herrn Stadtverordneten Gerhardt von der

8.	Resolution zum Zuwanderungsgesetz.....	98
	Antrag der GRÜNEN vom 12.03.2002, NR 550	
	Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, GRÜNE:.....	98
	Stadtrat Dr. Albrecht Magen:	99
	Hüseyin Sitki, Vorsitzender der KAV:.....	106
	Stadtverordneter Michael Langer, REP:	108
	Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	109
	Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:.....	110
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	112
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	113
	Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	113
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	116
	Stadtrat Dr. Albrecht Magen:	118
	Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:.....	118
	Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:	119
	Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	120
	Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:.....	121
9.	Wahlfreiheit bei Grundschulen.....	123
	Antrag der FDP vom 20.12.2001, NR 450	
	<u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 16.01.2002, NR 467	
	<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 9 vom 17.01.2002, OA 524	
10.	Baustraße zur Baustelle des Iranischen Konsulats.....	123
	Anfrage der SPD gem. § 18 (3) GOS vom 25.04.2002, A 239	
11.	Barrierefreies Frankfurt: Barrierefreier Zugang zu Banken und Institutionen.....	123
	Antrag der GRÜNEN vom 12.02.2002, NR 507	

die das Volk beschäftigen, müssen im Wahlkampf dann auch diskutiert werden. Das können Sie niemandem vorschreiben.

Dritter Punkt ist, die GRÜNEN haben eigentlich ziemlich viele Positionen aufgegeben, die sie bei ihrer Gründung gemacht haben. Jetzt bitte ich noch eines, den hohen Ton auch aufzugeben, den Frau Dr. Lehr hier wieder hineingebracht hat. Dieser hohe moralische Ton ist überhaupt nicht angemessen. Bringen Sie Ihre Sachen herein, auch Ihre Resolutionen, auch wenn ich anderer Meinung bin, damit kann ich gut leben. Aber dieser Ton, in dem das vorgetragen wird, der ist immer noch von einer gewissen moralischen Erpressung geprägt.

Vierter und letzter Punkt: Der Vertreter der KAV mag für die KAV gesprochen haben, für die überwiegende Mehrheit der Ausländer, die mir begegnen, mit denen ich rede, hat er garantiert nicht gesprochen.

Danke!

(Beifall)

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Eine kurze Frage, weil ich nicht weiß, wie ich es machen soll. Ich würde gerne beantragen, dass mir irgendjemand noch eine Minute Redezeit gibt, damit ich begründen kann, dass ich ablehne, weil ich für offene Grenzen bin und gegen die Nützlichmachung von Menschen aus aller Welt. Von wem bekomme ich die Minute? Ich weiß nicht, wie man das macht. Ich zahle nichts dafür.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Bitte schön, Herr Heumann!

Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Selten ist es, dass dieses Stadtparlament sich zu einem Gesetz, das auf Bundesebene diskutiert wird und vielleicht auch irgendwann verabschiedet wird und in Kraft tritt, äußert.

Also muss es etwas ganz Besonderes sein, also muss man dieses Gesetz auch unter diesen besonderen Gesichtspunkten und unter den Frankfurter Aspekten betrachten, würdigen und sich dann eine Meinung dazu bilden.

Die heutige Diskussionsgrundlage ist der Antrag NR 550 der GRÜNEN, der leider relativ schnell, um es freundlich zu sagen, niedergeschrieben worden ist und meiner Ansicht nach heute überholt worden ist. Der Antrag ist zu einer Zeit verfasst worden, als der Bundestag bereits abgestimmt, der Bundesrat aber noch nicht zu seiner Sitzung zusammengetreten ist, und wir sollten eigentlich nach dem Willen der GRÜNEN in der letzten Stadtverordnetensitzung, die vor der Bundsratssitzung stattgefunden hat, darüber befinden.

Hier wird von einem Gesetzentwurf der Bundesregierung gesprochen. Nur zu Ihrer Information: Es gibt schlicht keinen Gesetzentwurf der Bundesregierung. Es gibt einen Gesetzentwurf zweier Bundestagsfraktionen, nämlich der SPD und der GRÜNEN.

Ein inhaltlicher Punkt vorab, der in bester Stammtischmanier zwei Punkte miteinander verbindet, die nicht zusammen gehören und bei dem mir förmlich das Messer in der Hose aufgeht. Hier steht ein Satz, den lassen Sie sich bitte auch dann, wenn man hier mit hohem moralischen Anspruch redet, auf der Zunge zergehen. „Es werden neue Akzente im Bereich der Arbeitsmigration gesetzt, die die Asylverfahren entlasten.“ Das ist doch ein Diskussionsstand, von dem ich ausging, dass wir den seit Jahren überwunden haben.

Asyl ist eine Sache, Zuwanderung eine andere. Wer Asyl hat, wer einen Asylanspruch hat, hat in Deutschland einen Aufenthaltsanspruch. Ich verwahre mich dagegen, Asyl und Zuwanderung in einen Topf zu werfen. Das sind zwei völlig unterschiedliche Paar Schuhe.

(Beifall)

Ich bedauere, dass gerade die Fraktion der GRÜNEN in bester Stammtisch-Manier Asylanten, Zuwanderer, es fehlen eigentlich noch weitere Begriffe, in ein und denselben Satz packt und noch sagt, dass neue Akzente im

nicht schon um Vorwahlkampf, dann hätten Sie zumindest austesten müssen - aus Ihrer Sicht austesten müssen -, ob es nicht doch im Vermittlungsausschuss noch zu einem guten Gesetz kommt.

(Beifall)

Sie haben die Chance versäumt, dass der Vermittlungsausschuss sich wieder einmal als ein gutes Instrument darstellt. Es liegt nicht an uns.

(Beifall)

Stellvertretender

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Oesterling?

Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:
(Zwischenfrage)

Kollege Heumann, Sie haben jetzt einige Punkte aus dem Gesetz kritisiert. Da kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Ich frage Sie, Kollege Heumann, finden Sie es nicht auch ein bisschen merkwürdig, wenn Sie der Rot-Grünen-Mehrheit ausgerechnet die Punkte vorwerfen, die in diesen Gesetzesentwurf auf Wunsch der CDU eingefügt worden sind, um denen entgegen zu kommen.

(Beifall)

Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:
(fortfahrend)

Herr Kollege Oesterling, ich kenne niemanden in der CDU/CSU, der den Wunsch geäußert hat, die 600 Stunden Integrationsunterricht auf 300 zu kürzen.

(Beifall)

Punkt zwei: Ich kenne niemanden in der CDU/CSU, der gesagt hat, bei Aussiedlern, sprich bei Deutschen, darf ein Familiennachzug nur stattfinden, wenn im Ausland, meistens in den GUS-Staaten oder der ehemaligen Sowjetunion, die Leute nachgewiesen haben, dass sie über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.

(Beifall)

Auch bei den sonstigen Punkten, die ich angesprochen habe, ich habe mir extra solche Punkte ausgesucht, bei denen ich auf der ganz sicheren Seite bin.

(Beifall)

Stellvertretender

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Es sieht jetzt folgendermaßen aus. Frau Ditfurth hatte darum gebeten, ob sie noch Redezeit haben kann, weil ihr eigentlich keine mehr zur Verfügung steht. Das gilt für alle kleinen Fraktionen. Die SPD hat von ihrem Redezeitkontingent Frau Ditfurth eine entsprechende Redezeit überlassen. Es geht ungefähr um zwei Minuten. Bitte schön, Frau Ditfurth! Wenn Herr Yüksel noch etwas sagen will, soll er sich nachher bitte noch einmal melden.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Fünf Minuten Redezeit von der SPD, zudem auch noch bedingungslos, ich bedanke mich herzlich. Der Kollege sagt fünf Minuten, und Günter Dürr versucht nachträglich zu warnen, was ich hier zu sagen und zu lassen hätte. Das war zu spät.

Es hätte mir Übelkeit verursacht, diesen Antrag abzulehnen, ohne noch etwas dazu sagen zu können. Übelkeit deswegen, weil dieser Antrag auch aus faschistischen Gründen abgelehnt werden wird. Ich habe keine Angst davor, dass jemand mir falsche Motive unterstellt, aber es ist eine Frage der politischen Hygiene, dann noch ein paar Worte sagen zu können. Das will ich ganz kurz tun und mich auch dadurch bedanken, dass ich es wirklich kurz mache.

Wer wie ich, und einige tun das ja vielleicht, den Innenminister Schily schon sehr lange und sehr gut kennt, weiß auch, dass sein Menschenbild, und das fließt in die Debatten ein, das fließt in Gesetzentwürfe ein und in viele Verordnungen, die er zu verantworten hat, er ist - an anderer Stelle konnte ich das sehr ausführlich und weniger polemisch klingend begründen - ein anthroposophischer

Rassist. - Ich weiß, zu welcher Partei er inzwischen gehört, ich weiß, zu welcher er früher gehörte, und ich weiß auch, dass die SPD das sehr gut verkraften wird, weil sie nichts anderes von mir kennt.

(Beifall, Zurufe)

Das war es zum Thema Schily. Schily ist jemand, der den Flüchtling - den bildungsbürgerlichen Flüchtling, wie einmal jemand so hübsch schrieb - der da über die Grenze kommt und ein wertvolles Manuskript unter dem Arm trägt, schätzt, der aber einen extrem elitären Dünkel gegenüber Menschen hat, die arm sind, ungebildet und eine dunkle Hautfarbe haben. Er würde in die CDU noch besser passen, das gebe ich gerne zu, falls Ihr Jubel eben so zu verstehen gewesen sein soll.

Hochinteressant fand ich, wie bei der Rede des KAV-Vorsitzenden, des neu gewählten, glaube ich - ich bin gerade dabei, mich auch zur CDU zu äußern, falls Sie das interessiert. So billig läuft das nicht, zu sagen Schily und so. Ich finde es interessant, dass dieses Thema hier eine Weile läuft und bisher alle noch versuchten, die Form zu wahren. Ab welchem Zeitpunkt dann verschiedene Abgeordnete von CDU, BFF, Mitarbeiter verschiedener rechter Fraktionen, die REP sowieso, langsam herauslassen, was sie wirklich denken. Die Reaktionen, die vorhin bei dem Beitrag des KAV-Vorsitzenden kamen, fand ich hoch interessant, und die waren ziemlich widerlich. Auch bei ein paar Modernisierern in den hinteren Reihen der CDU war plötzlich nichts als Stammtischatmosphäre und Verächtlichkeit. Da war nichts von: „die Positionen finden wir falsch“, da war eine Form von Attitüde, die hat man nicht gegenüber Andersdenkenden, sondern die hat man gegenüber Andersdenkenden nicht-deutscher Herkunft. Das bricht dann heraus, und da wird der Stammtisch plötzlich ganz lebendig mitten im Raum hier.

Schlecht an diesem Zuwanderungsgesetz und auch mein Ablehnungsgrund für den Antrag NR 550 ist - also gut ist erst einmal, dass endlich, endlich zugegeben wird, was ewig Realität ist, dass dies ein Einwanderungsland ist. Wie lange hat es gedauert, dieses Zugeständnis von ein paar mehr Leuten zu hören. Schlecht ist aber, und das fin-

det sich im Antrag wieder, wie in der Logik des Gesetzes selbst. Da steht im dritten Absatz: „Es werden neue Akzente im Bereich der Arbeitsmigration gesetzt, die die Asylverfahren entlasten. Die notwendige Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften wird ermöglicht.“ Ich bin nach wie vor der Meinung, dass Deutschland in aller Welt, künftig auch durch Kriege, aber auch durch Wirtschaftspolitik, so viel Zerstörung anrichtet, dass allein schon dadurch jeder Mensch, der indirekt oder direkt davon betroffen ist, das Recht hat, als notwendige Konsequenz in diesem Land leben zu dürfen. Das reicht aber noch nicht. Ich halte es mindestens für ein, nicht linksradikales, aber einer humanen Position geschuldetes und ein grundsätzliches Menschenrecht, zu sagen: Bleiberecht, keine so genannten illegalen Menschen. Bleiberecht für alle, gleicher legaler Status für alle, Kinderknäste abschaffen, sämtliche Rechte, die auch so genannte Reindeutsche haben.

Nur eine Zwischenbemerkung: Ich finde es immer köstlich, wenn irgendjemand sagt, er sei ganz schrecklich deutsch. Wenn dann noch Herr Heumann Bezug nimmt auf Menschen, die einmal vor fünf oder sieben Generationen sonst wo in die Sowjetunion oder davor liegende Staaten ausgewandert sind und er sagt, die sind jetzt Deutsche. Mit dem gleichen Argument müssten vielleicht hier im Raum eine ganze Menge Leute sagen, sie seien eigentlich gar nicht deutsch, sie seien Hugenotten, weil sie französisches Blut aus irgendwelchen früheren Zeiten haben. Lächerlich. Es gibt ein grundsätzliches Menschenrecht, ohne Angst, frei, sicher überall zu leben, und nach wie vor ist meine Position, ich habe es vorhin angedeutet, immer noch offene Grenzen!

Deswegen kann ich mich diesem Antrag nicht anschließen, da er etwas enthält, was mir so zutiefst zuwider ist, dass ich keine taktische Position dazu finden kann, nämlich Menschen nach dem Kriterium ihrer wirtschaftlichen Nützlichkeit für die Interessen in diesem Land zu bemessen. Das geht einfach nicht.

Danke!